

Läng d Achs und gib im

hööche bsuech

Von Heiner Oberer

D Bundesbreesidäntene Eveline Widmer-Schlumpf isch z Sissech gsii – yyglaaden ins «Volksstimme»-Nacht-kaffi. Und immer, wenn öbber Wichtigs ummen isch, syy au d Mitlöifer nit wytt: Öisi beede Sissecher Regierigsrööt, der äint wüider mitere schuurig änge Chälberhälsig-Grawatte. Öisi grüeni Natio-naalröötene, wo bartuu nit hed welle die vo der FDP znööch an hööche Bsuech aaneloo. Sii isch äim e chlyy voorchoo wien e Gluggere, wo achtig git, as irem Byppeli nüt bassiert. Au öise Gmäinibreesi hed der Breesene uus Bärn d Eer aadoo – daas im woor-schyyynlig äinzig gattlige Hemmli, won är hed. Soo wies usgsee hed, isch er sich aber in däm Hüenerhuffe zimmlig verloore voorchoo. Nummen äini hed Ruei und Grössli bewiese, nämmlig d Frau Widmer-Schlumpf – doorum isch sii eben allewäg au d Bundesbreesidäntene.

bartuu = unbedingt
Gluggere = Bruthenne

Schneller als der Bund

Gegenvorschlag zur Initiative zur Pauschalsteuern unter der Lupe

Liestal. Finanzdirektor Adrian Ballmer hat schnell reagiert – und noch vor der morgigen kantonalen Abstimmung über die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung abklären lassen, ob der Gegenvorschlag mit seiner Anhebung der Ansätze tatsächlich gegen Bundesrecht verstösst, wie dies Ruedi Brassel vermutet. Der SP-Landrat macht geltend, dass Schweizern nach einem mindestens zehnjährigen Auslandsaufenthalt für die erste Steuerperiode eine Pauschalbesteuerung zwingend zugestanden werden müsse (BaZ von gestern) – bei Ausländern hingegen gebe es eine Kann-Formulierung und damit Spielraum für die Kantone

Ganz falsch ist das nicht. Peter Nefzger, Chef der Steuerverwaltung, rapportiert seinem Chef eine «Ungereimtheit zum bestehenden Bundesrecht». Sie werde aber mit der in Bundesbern laufenden und fast beendeten Steuergesetzrevision verschwinden. «Wir haben uns bereits an der geplanten Änderung auf Bundesebene orientiert.» Die neue Bundeslösung, so schreibt auch Benjamin Pidoux, Leiter Rechtsdienst der Steuerverwaltung, «verneint eine Aufwandbesteuerung von Schweizer Bürgern generell auch im Zuzugsjahr».

Das Ganze ist für Nefzger eher eine «akademische Frage», weil es in der Praxis kaum oder gar keine Schweizer gebe, die im Zuzugsjahr pauschal besteuert werden. Brassel hat da Zweifel: Bei einem doppelten Ja könnte die Situation entstehen, dass der Initiative seiner Partei zur Abschaffung der Pauschalsteuern aus rechtlichen Gründen der Vorzug gegeben werden müsse. gs

UNZEIGE

FDP Die Liberalen



Mehr Arbeitsplätze
Keine Verdrängung
des Gewerbes

Aus Liebe zu Basel!

In den Regierungsrat
Baschi Dürr und Christophe Haller
und Baschi Dürr als Regierungspräsident
gemeinsam mit Carlo Conti und Christoph Eymann

Grossratswahlen 2012
www.fdp-bs.ch

LISTE 1

SBB stossen Muttenz vor den Kopf

Adlertunnel ist weiterhin freigelegt, dennoch soll das Projekt als abgeschlossen erklärt werden



Von Daniel Ballmer

Muttenz. Jetzt reicht es. «Das ist absolut inakzeptabel», sagt der Muttenzer Gemeinderat Thomi Jourdan. «Die SBB wollen das Provisorium kurzerhand in ein Provisorium umändern. Damit aber machen sie es sich zu einfach.» Tatsächlich: Noch während der Bauphase waren bei dem im Jahr 2000 eröffneten SBB-Adlertunnel zwischen Muttenz und Liestal Setzungen beobachtet worden. Um diesen entgegenzuwirken, wird die Tagbaustrecke Nord periodisch angehoben. Dazu aber musste die Röhre fast bis auf die Sohle wieder freigelegt werden.

Stets war vorgesehen, den Tunnel wieder einzudecken, sobald sich der Untergrund beruhigt hat. Doch damit rechnen die SBB offensichtlich nicht mehr. Das Bahnunternehmen hat nun ein Plan-genehmigungsverfahren gestartet. Ziel: Das ursprüngliche Bauprojekt soll abgeändert werden. Auf eine Hinterfüllung soll verzichtet werden. Sprich: Der heutige Zwischenzustand wird zum Endzustand erklärt. «Wir gehen heute davon aus, dass dies der Abschluss der Arbeiten ist», bestätigt SBB-Sprecher Reto Schärli. Weitere Massnahmen sind nicht geplant. Es sei denn, die geologische Situation würde sich doch noch ändern.

Der Gipskeuper ist bei den Tunnelbauern im Jura gefürchtet: Der quellen-de Stein drückt auf den Belchentunnel und hebt den Sissacher Chienbergtun-

nel an. Auch der Adlertunnel bleibt nicht verschont. 2005 mussten die SBB bekannt geben, dass eine Sanierung unausweichlich ist. Einen Kilometer vom Nordportal entfernt sind auf einem Abschnitt von rund 40 Metern der Tunnelboden und damit die Schienen beständig um mehrere Zentimeter angehoben worden. Das Innengewölbe wurde durch Risse stark geschädigt und musste als Sofortmassnahme zusätzlich gesichert werden, um den weiteren Betrieb gewährleisten zu können. Bereits 2010 bis 2011 musste der Tunnel umfassend saniert werden. Die Arbeiten gestalten sich aufwendiger als vorgesehen. Die veranschlagten 16 Millionen Franken reichten nicht aus.

Permanente Baustelle

Während sich der Boden im Tunnel hebt, sinkt in der Muttenzer Lachmatt der Grund unter der Röhre. Grund dafür sind Salzlager tief im Boden, die kontinuierlich ausgewaschen werden. Um der Setzung des 400-Millionen-Baus entgegenzuwirken, sind unter der Tunnelröhre 92 hydraulische Pressen eingebaut worden. Sie stemmen das Bauwerk regelmässig auf das normale Niveau. Die Massnahme war von den SBB bisher stets als Provisorium deklariert worden, bis sich der Untergrund in einigen Jahren vollständig stabilisiert haben könnte. «Dass Muttenz nicht glücklich darüber ist, dass die Tunnel-

röhre nun doch nicht zugedeckt wird, ist ein Stück weit nachvollziehbar», sagt SBB-Sprecher Schärli. «Die Gemeinde sollte aber verstehen, dass diese bautechnische Massnahme nötig ist.»

Vom Entscheid der SBB zeigt sich die Standortgemeinde Muttenz nicht überrascht. Die Probleme mit dem Untergrund seien ja bekannt, sagt Gemeinderat Jourdan. Auch sei nachvollziehbar, dass der Tunnel nicht bedeckt wird, solange er weiter angehoben werden muss. «Das heisst aber nicht, dass man den jetzigen Zustand einfach so belassen kann.» Die permanente Baustelle widerspreche schliesslich auch dem kantonalen Richtplan, der das Gebiet als Siedlungstrenngürtel ausweise. Der Tunnel müsse besser in die Landschaft eingebettet und allenfalls begrünt werden, so wie vom Bund und den SBB stets geplant und kommuniziert. «So wie es jetzt ist, darf es jedenfalls nicht bleiben», betont Jourdan. «Muttenz wird gegen das beabsichtigte Projekt voraussichtlich Einsprache erheben.»

Anders tönt es beim Kanton: «Natürlich ist die Situation nicht ideal. Rein optisch ist die Röhre mitten in der Landschaft nicht gerade schön», sagt Dieter Leutwyler. Es bestehe aber keine Pflicht zur Hinterfüllung, ergänzt der Sprecher der Baselbieter Baudirektion. «Das wäre auch nicht schlau, wenn die SBB den Tunnel dann wieder ausgraben müssten, sollte sich der Boden wieder bewegen.»

Und letztlich sei die Sicherheit der Zugpassagiere auch wichtiger als Ästhetik. Dass die nun nicht mehr zur Hinterfüllung benötigten Kiesberge nicht abtransportiert werden sollen, komme dem Kanton sogar entgegen. Denn dieser hat in der Nähe ein Amphibienschutzgebiet geschaffen. «Die Tiere haben sich mittlerweile bis zum Tunnel ausgebreitet. Würde das Erdmaterial weggeschafft, könnten sie gestört werden.»

«Kanton macht, was er will»

Damit trifft der Kanton einen wunden Punkt. Die Kiesberge seien bisher nur als Provisorium geduldet gewesen, betont der Muttenzer Gemeinderat Jourdan. Etwas anderes sei nie bewilligt worden. Das Terrain dürfe nicht einfach verändert werden. «Der Kanton aber hat das Amphibienlaichgebiet einfach über das eigentliche Schutzgebiet hinaus ausgeweitet.» Dabei habe Muttenz dies klar abgelehnt. Schliesslich wolle sich die Gemeinde offenhalten, in der Lachmatt eine Sportanlage zu erstellen, sollte die Sportanlage Margelacker weichen, falls die darunterliegende Deponie saniert werden müsste. «Der Kanton weitet das Amphibienlaichgebiet aber einfach trotzdem aus und schafft so ein fait accompli», kritisiert Jourdan mit deutlich spürbarem Ärger. «Manchmal haben wir das Gefühl, der Kanton macht auf unserem Gemeindegebiet, was er will.»

Endzustand. Der Tunnel soll nicht mehr zugedeckt werden, auch die Kiesberge sollen liegen bleiben. Foto: Sophie Zeugin

Pezzetta hält Frauenparteien für überholt

Die Baselbieter FDP-Präsidentin kann mit den Quoten-Forderungen ihrer Parteikolleginnen nichts anfangen

Von Alessandra Paone

Liestal. Stolz verkündete FDP-Fraktionspräsident Rolf Richterich am Donnerstag im Landrat: «Unsere Parteipräsidentin ist heute nach Bern gefahren, um den FDP-Frauen mal die Leviten zu lesen.» Eine Diskussion rund um den Leistungsauftrag der Uni Basel hatte den Laufentaler Politiker zu dieser Aussage angestachelt. SP-Landrätin Mirjam Würth hatte kritisiert, dass es an der Uni nach wie vor zu wenig Professorinnen gebe, und dabei auf die Quotenforderung in Chefetagen per Gesetz der FDP-Frauen Schweiz hingewiesen.

Diese hatte vor rund zwei Wochen schweizweit für Schlagzeilen gesorgt, zumal die FDP-Frauen bis anhin, gleich wie ihre Kolleginnen von CVP und SVP, solche Quoten strikt abgelehnt hatten. «Mit solchen Diskussionen fördern wir die Gleichberechtigung nicht, sondern bewirken genau das Gegenteil», polterte der FDP-Fraktionschef.

Nun hat sich Richterich wohl von den Emotionen treiben lassen und seine Ausführungen entsprechend ausgeschmückt. FDP-Präsidentin Christine Pezzetta ist am Donnerstag zwar in der Tat nach Bern gereist. Allerdings nicht, um die FDP-Frauen zurechtzuweisen, sondern um an der Vorstandsklausur

der FDP Schweiz teilzunehmen, an der unter anderem die Quotenforderung thematisiert wurde. «Ich würde mich hüten, als Präsidentin einer Kantonalpartei einer Schwesterpartei zu sagen, was sie zu tun oder zu lassen hat», sagt Pezzetta.

Gleichstellungsbüro abschaffen

Die Haltung seiner Präsidentin zur Einführung von Quoten hat Richterich aber richtig gedeutet. Denn Pezzetta hält von der Forderung ihrer Parteikolleginnen überhaupt nichts. «Ich habe mich nie für Quoten ausgesprochen. Von mir aus könnte man auch das Gleichstellungsbüro im Baselbiet abschaffen. Unsere moderne Gesellschaft braucht solche Organisationen nicht mehr.» Damit die Gleichstellung funktioniert, brauche es weder Quoten noch Gender-Debatten. Gleichstellung fange bei jedem Einzelnen an, betont Pezzetta. Taten, nicht Diskussionen führten zum Erfolg. Frauen müssten sich vermehrt Herausforderungen stellen und nicht schon bei der ersten Hürde oder Enttäuschung aufgeben und in Tränen ausbrechen.

Die 45-Jährige sieht sich selber als Beispiel dafür, dass man etwas erreichen kann, wenn man will – auch ohne Quoten. Sie ist zweifache Mutter, be-



Ohne Quoten. FDP-Präsidentin Christine Pezzetta ist überzeugt: Wer als Frau etwas erreichen will, kann das.

rufstätig, Parteipräsidentin und wurde im Frühling in den Münchensteiner Gemeinderat gewählt.

Nie Mitglied der FDP-Frauen

Eine Mitgliedschaft bei den FDP-Frauen Schweiz kam für Pezzetta nie infrage. Sie habe zwar einmal an einem Treffen teilgenommen, aber bald gemerkt, dass ihr das nicht entspricht. «Wir haben eine Modenschau besucht. Das fand ich irgendwie peinlich.» Pezzetta stört sich zudem daran, dass Parolen nur in einem eingeschlechtlichen Gremium gefasst werden. Genauso wie Männer hätten auch Frauen die Mög-

lichkeit, sich in der Mutterpartei einzubringen. «Frauenparteien sind nicht mehr zeitgemäss.»

Die FDP-Frauen Schweiz verlangen in einem ersten Schritt, dass die öffentliche Verwaltung inklusive bundesnahe Betriebe wie SBB, Post, Swisscom oder SRG in ihren Führungsorganen einen Frauenanteil von rund 30 Prozent erreichen. Die Partei will künftig alle Vorstösse unterstützen, die dieses Ziel verfolgen. Das ist zurzeit unter anderem in Bern und Zürich der Fall. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen ins Visier genommen werden.